



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 4. FEBRUAR 2026

Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen

Der Termin für die Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung steht offiziell fest. Der ungarische Staatspräsident Tamás Sulyok legte den Termin auf den 12. April 2026, womit nun die heiße Phase des Wahlkampfes beginnt. Dieser Termin ist der frühestmögliche Zeitpunkt, den das ungarische Grundgesetz sowie das Wahlverfahrensgesetz zulassen. Damit folgt das Staatsoberhaupt der Tradition des letzten Vierteljahrhunderts. Die seit der Wende unverändert eingehaltene vierjährige Legislaturperiode, die bislang zudem nie durch vorgezogene Wahlen verkürzt wurde, unterstreicht die politische Stabilität Ungarns. Das ungarische Parlament ist ein Einkammerparlament mit insgesamt 199 Abgeordneten. In 106 Bezirken werden Direktkandidaten gewählt, während weitere 93 Abgeordnete über nationale Parteilisten nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt werden. Wichtig zu betonen ist, dass der Ministerpräsident in Ungarn nicht direkt von der Bevölkerung, sondern von den neu gewählten Parlamentsmitgliedern gewählt wird. Ministerpräsident Viktor Orbán (Fidesz) stellt sich der Wiederwahl, sein Hauptkonkurrent ist Péter Magyar (Tisza).

Nach seiner ersten Amtszeit zwischen 1998 und 2002 regiert der seit 2010 erneut amtierende Ministerpräsident Viktor Orbán das Land nun schon seit 16 Jahren und ist somit der Dienstälteste im Europäischen Rat. Orbán ist seit der Gründung seiner Fidesz-Partei 1988 politisch aktiv und damit seit 38 Jahren in der Politik tätig. Trotz seines für politische Verhältnisse vergleichsweise geringen Alters von 62 Jahren verfügt er somit über umfangreiche politische Erfahrung. Die letzten vier Wahlen gewann Orbán bzw. sein Bündnis aus Fidesz und Christdemokraten (KDNP) mit einer Zweidrittelmehrheit und führte so mehrere Verfassungs-, Wirtschafts- und Wahlrechtsreformen durch – getreu des Wahlkampfversprechens aus dem Jahre 2010: „Kleine Mehrheit, kleine Veränderung, große Mehrheit, große Veränderung“. Der 44-jährige Gegenkandidat Péter Magyar von der Tisza-Partei ist hingegen ein politischer Newcomer. Bis 2024 war das ehemalige Fidesz-Mitglied nur bekannt, weil er der Ehemann der ehemaligen Justizministerin Judit Varga war.

Während sich bei den letzten Wahlen im Jahr 2022 die linke und die rechte Opposition vereinigten und im Rahmen einer Siebenparteikoalition einen gemeinsamen Ministerpräsidentenkandidaten stellten, zeichnet sich diesmal eine andere politische Landschaft ab. Die Tisza-Partei konnte binnen weniger Monate alle anderen Oppositionsparteien unter die Fünfprozenthürde drücken. Es zeichnet sich ein direkter Wettstreit zwischen zwei großen politischen Parteien ab. Von den restlichen Oppositionsparteien wird voraussichtlich nur die Partei „Unsere Heimat“ die fünfprozentige Parlamentshürde nehmen. Die von Klára Dobrev angeführten Demokratischen Koalition droht laut aktuellen Umfragen an der Fünfprozenthürde zu scheitern und somit den Wiedereinzug ins Parlament zu verpassen. Die Umfragewerte der

beiden großen Partei variieren jedoch stark von Umfrageinstitut zu Umfrageinstitut. Während tendenziell regierungsnahen Institute einen erneuten Wahlsieg der Regierungskoalition voraussagen, sehen oppositionsnahen Institute die Tisza deutlich in Führung. Interessant ist jedoch, dass die Fidesz in den letzten Monaten bei nahezu allen Umfrageinstituten Boden gutmachen konnte und das Momentum derzeit auf ihrer Seite zu haben scheint.

Ministerpräsident Orbán betont im Wahlkampf die Errungenschaften seiner Regierungszeit bei den staatlichen Sozialmaßnahmen, der Einheitssteuer sowie staatlichen Programmen (z. B. Steuerfreiheit für Mütter mit mehreren Kindern und staatlich geförderte Kredite für die erste Wohnung). Auch seine Erfahrung und die Vorzüge der politischen Stabilität können sich positiv auswirken. Nicht zuletzt stärkt das Thema „Krieg und Frieden“ Orbáns Position. In diesem Punkt genießt Orbán parteiübergreifend Zustimmung, da sich auch eine Mehrheit der Oppositionswähler gegen eine (stärkere) Unterstützung der Ukraine ausgesprochen hatte. Ein möglicher Friedensgipfel in Budapest würde seine innen- wie außenpolitische Rückendeckung zusätzlich festigen.

Die Positionen der Tisza hingegen sind in weiten Teilen weiterhin unklar. Zudem wurde Anfang Dezember ein durchgesickelter Entwurf des vermeintlichen Wirtschaftsplanes der Partei veröffentlicht, der unter anderem eine radikale Umstrukturierung der Steuerlast beinhaltete und sich als äußerst unpopulär erwies. Negativ resoniert auch die Tatsache, dass die 106 Direktkandidaten in ihren Wahlbezirken oftmals wenig bekannt sind und sich zudem nicht selbständig äußern sollen und daher bei Fragen meist an die offizielle Pressestelle der Partei verweisen. In seiner Pressekonferenz am 5. Januar versprach Péter Magyar, das gesamte Regierungsprogramm und die Fachmänner der Tisza vorzustellen, was bisher jedoch weiterhin auf sich warten lässt. Bisher stellte er lediglich zwei „Spitzenpersonalien“ vor. Zum einen István Kapitány, den ehemaligen globalen Vizepräsidenten von Shell, zum anderen Anita Orbán, die wichtige Positionen in zwei großen Organisationen innehat, die seitens der ungarischen Regierung dem politischen Umfeld von György Soros zugerechnet werden.

Zum Auftakt des Wahlkampfes hielt die Fidesz ihren Parteitag am 10. Januar ab. Bei der Vorstellung der 106 Direktkandidaten zeigte sich, dass viele neue Kandidaten und erstaunlich viele Frauen für die Regierungsparteien antreten. Die Kritik an der Orbán-Regierung, sich international zu isolieren wurde durch unterstützende Videobotschaften zahlreicher Politiker widerlegt. Auf dem Kongress hörte man Grüße von Giorgia Meloni, Alice Weidel, Marine Le Pen, Benjamin Netanjahu, Andrej Babiš, Aleksandar Vučić, Javier Milei, Matteo Salvini, Santiago Abascal, Mateusz Morawiecki und nicht zuletzt vom Mitgründungsvater der Patrioten für Europa, Herbert Kickl. Die Regierungspartei stellte zudem auch ihren Slogan „Die sichere Wahl“ vor. Viktor Orbán betonte, dass die aktuellen Geschehnisse in der Weltpolitik nichts für Newcomer sind und keinen Raum für Experimente zulassen. Um das Land sicher zu navigieren, bedarf es der Erfahrung, Loyalität und Stabilität der Regierungspartei und dem Ministerpräsidenten selbst.

MOL übernimmt serbische NIS

Im Energiemarkt Ostmitteleuropas zeichnet sich eine signifikante Verschiebung ab. Nach monatelangen Spekulationen verdichteten sich Anfang Januar die Anzeichen, dass der ungarische Öl- und Gaskonzern MOL eine Übernahme der unter amerikanischen Energiesanktionen leidenden NIS anstrebt. Das aufgrund seiner russischen Mehrheitseigentümer (Gazprom hält einen Anteil von 11,3 % und ihre Tochtergesellschaft Gazpromneft einen Anteil von 44,9 %) sanktionierte Unternehmen befindet sich in einer prekären Situation. Aufgrund der US-Sanktionen wurden Ende des Jahres 2025 die Rohöllieferungen über die kroatische JANAF-Pipeline eingestellt, was zum faktischen Stillstand der Raffinerie in Pančevo (Pancsova) führte. Damit war nicht nur die Zukunft des Unternehmens, sondern auch die regionale Versorgungssicherheit gefährdet. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić bezeichnete die Situation nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates als untragbar und forderte alle Beteiligten dazu auf, so schnell wie möglich eine Lösung für das Problem zu finden. Die Befürchtungen, dass die Raffinerie infolge der Übernahme durch die ungarische MOL geschlossen werden könnte, zerstreute er mit der Feststellung, dass der serbische Staat auch weiterhin einen Anteil von 29,9 % an dem Unternehmen halten werde und gegebenenfalls sogar eine weitere Aufstockung des eigenen Anteils um bis zu fünf Prozent anstrebe. An den Einflussmöglichkeiten der serbischen Regierung würde dies freilich nichts ändern, da der serbische Staat bereits mit seinem derzeitigen Anteil zahlreiche qualifizierte Minderheitsrechte wahrnehmen kann.

Für die ungarische MOL-Gruppe wiederum ist Serbien seit Langem ein Schlüsselmarkt. Mit dem erfolgreichen Erwerb der NIS würde MOL seine Position als führender Energieakteur in Mittel- und Südosteuropa massiv ausbauen und gleichzeitig ein Gegengewicht zu kroatischen Transitmonopolen schaffen, denn bisher ist die Region stark von der JANAF-Pipeline abhängig. Diese wiederum hatte, ihre Vormachtstellung ausnutzend, die Gebühren seit Beginn des Ukraine-Krieges für MOL verdoppelt. Mit dem Erwerb der NIS und dem geplanten Bau einer neuen serbisch-ungarischen Pipeline, deren Fertigstellung für 2027 geplant ist, wendet sich das Blatt. Diese neue Leitung wird die Raffinerie im serbischen Pančevo direkt an das ungarische Netz und die Druschba-Pipeline anschließen. MOL gewinnt durch die Schaffung alternativer Transportwege eine enorme Verhandlungsmacht gegenüber Kroatien, da die JANAF-Pipeline zurzeit etwa 90 Prozent seiner Einnahmen durch MOL und NIS generiert. Neben der Raffinerie würde MOL zudem relevante Industrieanlagen sowie ein Netz von über 300 Tankstellen übernehmen, die sich zu den bisherigen 1.600 Tankstellen in zehn europäischen Ländern gesellen würden.

Die Verhandlungen stehen jedoch unter enormem Zeitdruck. Zwischenzeitlich konnte vor dem Hintergrund der Verkaufsverhandlungen beim US-Finanzministerium eine Sondergenehmigung für die Weiterführung der operativen Tätigkeiten der NIS erwirkt werden. Der endgültige Abschluss der Transaktion wird für den 31. März 2026 angestrebt. Sollte der Deal wie geplant abgeschlossen werden, kontrolliert die MOL-Gruppe, neben der ungarischen, zukünftig auch die Raffineriekapazitäten von drei benachbarten Ländern (Slowakei, Kroatien und Serbien) vollständig und wird damit zum führenden Energieunternehmen in Zentral- und Südosteuropa.

Regierung und Opposition geeint gegen Mercosur-Abkommen

Nach mehr als 25 Jahren Verhandlungen schien das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen kurz vor dem Erfolg zu stehen. Das oftmals als Antwort auf eine von zunehmender Blockbildung geprägte Weltordnung und eine durch die „Donroe-Doktrin“ des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump geprägte westliche Hemisphäre lancierte Abkommen wurde schließlich am 17. Januar 2026 in Asunción, der Hauptstadt Paraguays, unterzeichnet. Zuvor hatte eine Mehrheit der 27 EU-Länder grünes Licht gegeben – gegen den Widerstand Frankreichs und Polens, wo das Abkommen auf besonders große Ablehnung gestoßen war. Am 3. September 2025 schlug die Europäische Kommission dem Rat der EU offiziell vor, das Abkommen in zwei parallele, aber rechtlich separate Instrumente aufzuteilen: zum einen das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen (EMPA), das politische Zusammenarbeit, Handel und Investitionen umfasst, zum anderen das Interims-Handelsabkommen (ITA), das die Handels- und Investitionsverpflichtungen enthält und bereits vor dem vollständigen Inkrafttreten des EMPA angewendet werden kann. Der Rat der EU nahm die entsprechenden Beschlüsse zur Unterzeichnung beider Vereinbarungen am 9. Januar 2026 an. Insbesondere diese Aufteilung in zwei separate Abkommen – das Interims-Handelsabkommen (ITA), das sich ausschließlich auf den Handel bezieht, und das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen (EMPA), welches Fragen politischer Zusammenarbeit sowie Handel und Investitionen umfasst – stieß auf Kritik. Das ITA könnte theoretisch nach der Unterzeichnung in Kraft treten, doch die Praxis sieht vor, dass dies erst nach Zustimmung des Europäischen Parlaments geschieht. Das Handelsabkommen fällt in die ausschließliche Zuständigkeit der EU und bedarf daher keiner Ratifizierung durch die EU-Mitgliedstaaten. Das umfassendere Partnerschaftsabkommen bedarf jedoch der Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten – in der Regel also der Zustimmung der nationalen Parlamente und im Falle Belgiens auch der regionalen Parlamente. Die Kritiker sehen in der Aufspaltung des Abkommens einen Versuch, die nationalen Parlamente zu umgehen; die Befürworter wiederum berufen sich auf die Zuständigkeit der EU bei Handelsfragen.

Das Inkrafttreten des Abkommens wurde jedoch bereits kurz nach der Unterzeichnung vom EU-Parlament in einer historischen Abstimmung auf unbestimmte Zeit verzögert. Bereits am 21. Januar 2026 stimmte das Europäische Parlament mit 334 gegen 324 Stimmen für eine Prüfung der grundsätzlichen Vereinbarkeit mit den EU-Verträgen durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Der Parlamentsantrag auf eine EuGH-Anrufung ging in erster Linie auf französische Abgeordnete zurück, wurde jedoch in mehreren Ländern über Parteigrenzen hinweg unterstützt. Bemerkenswert ist, dass alle im Europäischen Parlament vertretenen ungarischen Parteien – mit Ausnahme der DK – für eine Prüfung der „Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur (EMPA) und des Interimsabkommens über den Handel (ITA) mit den EU-Verträgen“ durch den Europäischen Gerichtshof stimmten. Die Anrufung des Gerichts könnte das Inkrafttreten des Interims-Handelsabkommens mit Lateinamerika theoretisch für mehrere Monate blockieren; die EU-Kommission hat jedoch die Möglichkeit, den Vertrag vorläufig in Kraft zu setzen.

Aufgrund ihres „Vorgehens beim Abschluss des Freihandelsabkommens mit den vier Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay“ stellten zudem Abgeordnete der drei Fraktionen „Patrioten für Europa“, „Europäische Konservative und Reformier“ und „Europa der Souveränen Nationen“ einen Misstrauensantrag gegen die Kommission. Der Widerstand nationaler Parlamente, des Europäischen Parlaments und europäischer Landwirte

sei ignoriert worden, lautet unter anderem der Vorwurf. Das Misstrauensvotum scheiterte mit 165 zu 390 Stimmen bei zehn Enthaltungen. Die sieben EP-Abgeordneten der Tisza-Partei nahmen nicht an der Abstimmung teil und wurden daraufhin von der Europäischen Volkspartei (EVP) sanktioniert, weil sie die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, nicht unterstützt hatten. Dieses Vorgehen dürfte seitens der Tisza-Partei der Versuch gewesen sein, das Narrativ der Regierungsparteien zu entkräften, wonach die Tisza „Brüsseler Interessen“ und keine „ungarischen Interessen“ vertrete. Parteichef Magyar schrieb nach der Sanktionierung auf Facebook, dass die Tisza-Abgeordneten die Entscheidung zur Kenntnis nehmen würden und zugleich dankbar für die Bestätigung aus Brüssel seien, dass die Tisza-Politiker keine Eigentümer hätten. Politisch war das Manöver zudem risikolos, denn ein Erfolg des Misstrauensvotums – wofür eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen wäre – galt ohnehin als wenig aussichtsreich. Ungarische Abgeordnete der Regierungsparteien Fidesz-KDNP kündigten zudem an, eine Klage vor dem EuGH zu erwägen, da die Zweiteilung des Abkommens darauf abziele, die nationalen Parlamente zu umgehen, während die „Androhung“ einer vorläufigen Anwendung das Zustimmungsrecht des Europäischen Parlaments aushöhle.

Ukrainepolitik als Wahlkampfthema

Die Unterstützung der Ukraine war in den letzten Jahren eines der bestimmenden Themen der internationalen Politik und scheint nun ebenfalls zu einem der zentralen Wahlkampfthemen zu werden. Die ungarische Regierung kündigte eine sogenannte „nationale Petition“ zur Finanzierung der weiteren Ukrainehilfen an, bei der jeder die Chance bekomme, seine Haltung zum aktuellen Kurs der Regierung zu offenbaren. Die Aktion ist eine Art informelles Referendum, bei dem den Bürgerinnen und Bürgern ein Stimmzettel zugesandt wird. Zentrale Aspekte sind die „weitere Finanzierung des russisch-ukrainischen Krieges“ durch europäische und ungarische Steuermittel, die finanzielle Unterstützung der Ukraine für weitere zehn Jahre im Umfang von 800 Milliarden Euro sowie die Ablehnung der geforderten Aufhebung der Nebenkostendeckelung für ungarische Haushalte.

Die ungarische Regierung wirft der Opposition, insbesondere dem direkten Konkurrenten Tisza, vor, eine proukrainische Haltung zu vertreten und nicht im nationalen Interesse des Landes zu handeln. Die Ukrainehilfen scheinen ein dankbares Thema für die Mobilisierung der eigenen Wähler zu sein, da sich eine Mehrheit der Ungarn gegen eine weitere bzw. stärkere finanzielle Unterstützung der Ukraine ausgesprochen hatte. Ungarn hatte sich zuletzt auch international – gemeinsam mit der Slowakei und Tschechien – gegen weitere EU-Hilfen für die Ukraine in Höhe von 90 Milliarden Euro ausgesprochen. Letztendlich stimmten die drei Staaten dem Darlehen im EU-Rat zu, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass sie sich daran nicht finanziell beteiligen müssen. Der ungarische Ministerpräsident sprach in diesem Zusammenhang von einem „verlorenen Kriegskredit“ und betonte den Erfolg der Regierung, die Jugend des Landes vor zukünftigen Belastungen in Höhe von 400 Milliarden Forint bewahrt zu haben.

Die ungarische Regierung hält vielmehr an einer diplomatischen Lösung des Ukrainekrieges fest und kündigte zudem eine Teilnahme an dem von US-Präsident Donald Trump initiierten „Friedensrat“ an. Die Gründungszeremonie der Organisation mit Unterzeichnung der Charta fand am 22. Januar 2026 am Rande des 56. Jahrestreffens des Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos statt.

Beträchtliche Summen aus dem SAFE-Kreditrahmen fließen ins Land

Im Dezember letzten Jahres legte Ungarn seinen nationalen Investitionsplan im Rahmen des Europäischen Sicherheitsaktionsinstruments („Security Action for Europe“ - SAFE) vor. Der Finanzierungsplan veranschlagte einen Gesamtmittelbedarf von 17,4 Milliarden Euro und überschritt damit den zuvor festgelegten SAFE-Rahmenbetrag von 16,2 Milliarden Euro. Die Abweichung ist auf die tatsächlichen, fachlich begründeten Entwicklungsbedürfnisse der ungarischen Streitkräfte sowie der verbundenen Sektoren zurückzuführen. Daher betonte Márton Nagy, Minister für Volkswirtschaft, im Januar auf seiner Social-Media-Seite, dass SAFE ein Verteidigungs- und kein Kriegskredit sei und mit den Geldern die Verteidigungsfähigkeiten der Armee verbessert werden sollen. Der Minister erklärte, dass die Vereinbarung bald zustande kommen könnte, wodurch in den nächsten Monaten eine Vorauszahlung von 15 Prozent in Höhe von 2,43 Mrd. EUR an den ungarischen Haushalt fließen könnte. Aus dem SAFE-Kreditrahmen finanziert die Regierung ausschließlich Verteidigungsinvestitionen, die bereits in den Haushaltsplänen vorgesehen waren. Das Instrument SAFE soll die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten der Mitgliedstaaten – und damit die Stärkung der europäischen Sicherheit – durch günstige Finanzierungsbedingungen unterstützen. Für Ungarn bedeutet dies, dass das Land bei einer positiven Entscheidung der Kommission zu günstigen Konditionen, mit langer Laufzeit und niedrigen Zinsen Zugang zu den erforderlichen Mitteln erhält, deren Umfang erheblich zur Beschleunigung der industriellen und militärischen sowie doppelten Entwicklungen im Inland beitragen kann. Die Inanspruchnahme des SAFE-Kredits ersetzt damit die ursprünglich geplante Emission von Marktanleihen und führt folglich nicht zu einer zusätzlichen Staatsverschuldung, wie der Minister betonte. Der SAFE-Kredit weist einen um 200 Basispunkte niedrigeren Zinssatz auf als marktübliche Fremdwährungskredite und stellt somit eine günstigere Finanzierungsalternative zu den derzeitigen Marktquellen dar. Dadurch sparen die ungarischen Steuerzahler über die Laufzeit des Kredits jährlich 325,28 Millionen Euro, die im Staatshaushalt verbleiben. Darüber hinaus verfügt der Kredit über eine lange Laufzeit, wodurch Verteidigungsentwicklungen nachhaltig finanziert und die finanzielle sowie finanzierungstechnische Stabilität weiter gestärkt werden.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Gedenktag der Vertreibung der Ungarndeutschen

Am 19. Januar jährte sich der Beginn der Zwangsumsiedelung der Deutschen Ungarn zum 80. Mal. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die Siegermächte zu dem Entschluss, dass zumindest ein Teil der östlich der deutschen Grenzen lebenden deutschen Bevölkerung „auf organisierte und humane Weise“, nach Deutschland umgesiedelt werden sollte. Der spätere Ministerpräsident Imre Nagy, der 1946 noch als Innenminister amtierte, erließ Mitte Januar 1946 seine Verordnung zur Durchführung der Deportation. István Bibó, der 1945 bis 1946 die Verwaltungsabteilung des Innenministeriums leitete, sagte, dass „wir nun mit unseren Deutschen tun, was wir vor einem Jahr mit unseren Juden taten“. Er trat aus Protest sogar zurück. Die Mehrheit der ungarischen Regierungsparteien unterstützte das Vorhaben und nur einige wenige humanitäre Politiker sowie der katholische Erzbischof und Fürstprimas József Mindszenty und die Sozialdemokraten protestierten gegen die Umsiedlung. Auch in den

anderen Ländern des Karpatenbeckens und Jugoslawiens wurde die unterschiedlich intensive und brutale Zwangsumsiedelung durchgeführt. Das Ausmaß der Deportation wurde von der geplanten halben Million Deutschen auf diejenigen beschränkt, die sich bei der Volkszählung von 1941 als Deutsche oder deutsche Muttersprachler bezeichnet hatten. Der erste Zug verließ Budaörs (Wudersch) am 19. Januar 1946 und die in mehreren Wellen stattfindenden Deportationen dauerten bis zum 15. Juni 1948. In diesen 2,5 Jahren deportierte man etwa 130.000-150.000 Menschen in die amerikanische und 50.000 Menschen in die sowjetische Besatzungszone. Durch diese Ereignisse schrumpfte die Zahl der Ungarndeutschen auf 200.000-250.000. Als Erinnerung an diese dunklen Zeiten wurde dieses Jahr im 16. Stadtbezirk ein Denkmal errichtet, das an das Zusammenleben der Deutschen und Ungarn im Karpatenbecken erinnert. Neben Emmerich Ritter, Parlamentsabgeordneter der Ungarndeutschen, nahm auch Kanzleramtsminister Gergely Gulyás an der Veranstaltung teil. Während seiner Rede auf der Einweihungsfeier erklärte er: „Die deutsche Minderheit in Ungarn ist uns wichtig, sie gehört zu uns, ihre Kultur ist Teil unserer Kultur, ihre Leidensgeschichte und ihre Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg sind unsere gemeinsame Tragödie.“ Gulyás betonte, dass die herzerreißende Geschichte der Vertreibung der Schwaben ein weiterer Beweis dafür sei, dass nur ein freies und starkes Ungarn, das in der Lage ist, sich gegen den Einfluss fremder Mächte zu wehren, seinen Bürgern dienen und die Sicherheit seiner Bürger und Nationalitäten schützen könne.

Rekordinvestitionen von 7 Mrd. Euro und 18.200 neue Arbeitsplätze

Im vergangenen Jahr hat die Regierung eine Rekordzahl von 108 neuen Investitionen im Wert von 7 Milliarden Euro (2.700 Mrd. Forint) vereinbart, wodurch 18 200 neue Arbeitsplätze entstehen werden, teilte István Joó, Regierungsbeauftragter zuständig für Investitionsförderung und die Umsetzung bedeutender Großinvestitionen in Ungarn, mit. Der besondere Erfolg werde auch dadurch gekennzeichnet, dass es trotz des seit Jahren herrschenden ungünstigen Umfelds gelang, den Wachstum beizubehalten. Dem Regierungsbeauftragten zufolge seien die deutlichsten Fortschritte im Bereich der Forschungs- und Entwicklung zu sehen, da die Regierung noch nie zuvor so viele F&E-Projekte innerhalb eines Jahres gefördert hat wie im Jahr 2025. Es wurden 14 solcher Investitionen im Wert von 610 Millionen Euro (235 Mrd. Forint) vereinbart, wodurch 600 Arbeitsplätze geschaffen werden. Im extrem schnell wachsenden Business-Service-Center Sektor entstehen weitere 3.500 neue Arbeitsplätze, in denen sich Karrierechancen in einem internationalen Umfeld für sprachbegabte, hochqualifizierte junge Menschen eröffnen werden, so István Joó. Ebenfalls als Rekord gilt, dass wir 24 ungarischen Unternehmen Unterstützung für Großinvestitionen gewährt haben. Das rekordhohe Investitionsvolumen von 7 Mrd. Euro stammt aus 16 verschiedenen Ländern und wird in 17 Branchen getätigt, unter anderem Elektronik, Fahrzeugbau, Lebensmittelindustrie, Pharmaindustrie, Informations- und Kommunikationstechnologie, Medizintechnik und Biotechnologie. „Diese Ergebnisse konnten erzielt werden, weil die ungarische Regierung in den letzten 16 Jahren das wettbewerbsfähigste Investitions- und Geschäftsumfeld Europas geschaffen hat. Niedrige Steuern, gut ausgebildete Arbeitskräfte, eine gut entwickelte Logistik, physische und rechtliche Sicherheit sowie die Sicherheit der Energieversorgung haben dazu beigetragen, dass das Vertrauen der Investoren in Ungarn ungebrochen ist. 2026 werden wir unsere Arbeit mit der Entwicklung der südlichen Regionen Ungarns fortsetzen“, so István Joó.

Bisher lag der Fokus vor allem auf der Stärkung und Angleichung Ostungarns, doch nun wird man sich auf den Süden des Landes konzentrieren. Einige Ergebnisse lassen sich schon blicken, wie die Ansiedlung von BYD in Szeged, wo das chinesische Unternehmen jährlich 300.000 Elektrofahrzeuge produziert wird, oder auch die Verpackungsfabrik von CPMC in Makó. Eine weitere Erfolgsgeschichte des vergangenen Jahres war der Markteintritt des Komponentenherstellers Vulcan Shield Global aus Singapur, der in Békéscsaba 2.500 neue Arbeitsplätze schafft.

Ehemaliger polnischer Justizminister bekommt politisches Asyl in Ungarn

Zbigniew Ziobro, der ehemalige Justizminister der PiS-Regierung, erklärte, das ihm von Ungarn gewährte politische Asyl anzunehmen und sich vorerst im Ausland aufzuhalten, bis in Polen wieder verlässliche rechtsstaatliche Garantien bestehen. In einer auf der Plattform X veröffentlichten Stellungnahme begründete der Oppositionspolitiker diesen Schritt damit, dass in Polen eine „schleichende Diktatur“ herrscht, die durch politisch motivierte Vergeltungsmaßnahmen gegen ihn und andere Oppositionsvertreter gekennzeichnet sei und selbst grundlegende rechtsstaatliche Standards missachte. In diesem Zusammenhang verwies Ziobro unter anderem auf Äußerungen des Regierungschefs Tusk, der einen „Nürnberger Prozess“ gegen die Opposition in Aussicht gestellt habe, und bezeichnete die angewandten Methoden als dem „stalinistischen Handbuch“ entlehnt. „Die Staatsanwaltschaft wurde durch die unrechtmäßige Entlassung des Generalstaatsanwalts den Parteiinteressen von Tusk untergeordnet. Selbst die Urteile des Verfassungsgerichts und die Entscheidungen des Obersten Gerichts werden nicht respektiert, wenn sie nicht mit dem Willen der Machthaber übereinstimmen“, kritisierte Zbigniew Ziobro in seiner Stellungnahme. Vor diesem Hintergrund habe er sich zur Annahme des ungarischen Asylangebots entschlossen und dankte Ministerpräsident Viktor Orbán ausdrücklich dafür. Abschließend zog Ziobro einen Vergleich zwischen Ungarn und Polen, wobei er sich auf ein Schreiben von US-Präsident Donald Trump berief, in dem Orbáns Führung als Vorbild für Glauben, Familie und nationale Souveränität gewürdigt werde — Werte, die Polen unter der Regierung von Donald Tusk aus seiner Sicht nicht mehr verkörpere. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó erklärte, dass Ungarn mehreren politisch verfolgten Personen aus Polen Asyl oder den Flüchtlingsstatus gewährt hat, nannte jedoch zu ihrem Schutz keine weiteren Namen. Szijjártó wies darauf hin, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen in einer Krise stecken und gefährdet sind, was seiner Meinung nach auch dadurch belegt wird, dass das polnische öffentlich-rechtliche Fernsehen Ende 2023 gewalttätig besetzt wurde.

Reallöhne in Ungarn steigen stark an

Nach den letzten Jahren mit hohen Inflationsraten und den massiven Einbrüchen im Jahr 2022 erholen sich die Reallöhne der Eurozone nun wieder. Dies legen Daten der Europäischen Zentralbank (EZB) dar. Allgemein erlebt die europäische Wirtschaft eine Trendwende bei den Einkommen. Insbesondere in Ungarn war das Wachstum der Reallöhne, die seit September 2023, also seit mehr als zwei Jahren steigen, außergewöhnlich hoch. Im dritten Quartal 2025 stiegen sie stärker als in den anderen Ländern der Region und lagen insgesamt in den ersten zehn Monaten des Jahres 2025 zwischen 3,2 und 5,5 Prozent. Wie der Europaabgeordnete András László auf der Plattform X hervorhob, verzeichnete das Land im Jahr 2025 auch das

höchste Reallohnwachstum in der gesamten EU. Diese Entwicklung ist nicht nur dem dynamischen nominalen Lohnwachstum, der Eindämmung der Inflation und der Verbesserung der Verbraucherstimmung zu verdanken, sondern auch den verschiedenen staatlichen Fördermaßnahmen (z. B. Erhöhung der Steuervergünstigungen für Familien, Ausweitung der Einkommensteuerbefreiung, Steuerbefreiung für Kinderbetreuungs- und Erziehungsbeihilfen). Der Anstieg der Realeinkommen erhöht den Lebensstandard und den Konsum der Haushalte und trägt somit in hohem Maße zum BIP-Wachstum bei. Der Wachstumstrend der Reallöhne dürfte sich auch 2026 fortsetzen. Zum 1. Januar 2026 setzte das ungarische Ministerium für Volkswirtschaft deutliche Erhöhungen in Kraft. So steigt der Mindestlohn um 11 Prozent auf 322.800 Forint (840 Euro) und der garantierte Mindestlohn um 7 Prozent auf 373.200 Forint (970 Euro). Dies bewirkt laut dem Ministerium nicht nur ein Einkommensplus für Geringverdiener, sondern auch einen „Schubeffekt“ für höhere Gehaltsklassen. Ziel der ungarischen Regierung bleibt es, den Mindestlohn perspektivisch auf 1.000 Euro und den durchschnittlichen Bruttolohn auf 1 Million Forint (2.600 Euro) anzuheben. Auch die Gehälter von Lehrern, Dozenten und Erziehern werden nach einer Erhöhung um 32,2 Prozent im Jahr 2024 und um 21,2 Prozent im Jahr 2025 nun um weitere 10 Prozent steigen. Dies teilte Bence Rétvári, parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium mit. Bence Rétvári wies in seinem Beitrag darauf hin, dass sich die Gehälter der Lehrer in fünf Jahren mehr als verdoppelt hätten. Er erinnerte daran, dass für diejenigen, die benachteiligte Kinder unterrichten, eine zusätzliche Erhöhung von 20 Prozent gewährt wurde und seit September auch eine Qualitätszulage gezahlt wird. Mit dieser Erhöhung liege das durchschnittliche Lehrergehalt in Ungarn nun über 900.000 Forint (2.300 Euro). Die Gehaltserhöhung wird den Angaben von Bence Rétvári zufolge größtenteils, zu 88 Prozent, aus eigenen Haushaltsmitteln und zu 12 Prozent aus EU-Mitteln finanziert.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein (Junior) Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Am **11. Februar** organisiert das OstWestWirtschaftsForum Bayern eine Veranstaltung in München mit dem Titel „**Ungarn in Europa – Zwischen Integration und Eigenständigkeit**“. Als Referent wird **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Institutes für Europäische Zusammenarbeit, in seinem Vortrag Ungarns europapolitischen Ansatz beleuchten und zur anschließenden Diskussion anregen. Weiter Details und die Registration finden Sie unter diesem [Link](#). Die Anmeldung ist bis zum 9. Februar möglich.

Ebenfalls am **11. Februar** organisiert das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit einen Vortrag mit anschließender Podiumsdiskussion mit dem Titel „**Vom Abendland nach Europa: Das Wirken Otto von Habsburgs zwischen München, Brüssel, Wien, Madrid und Budapest**“. Den Vortrag hält **Dr. Lasse LASSEN**, Habilitand am Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Visiting Fellow am MCC. Den Link zur Registration finden Sie [hier](#). Die Registrierung ist bis zum 10. Februar 2026 möglich.

Am **25. Februar** veranstaltet unser Institut einen Vortrag mit Podiumsdiskussion mit dem Titel „**Mensch und KI**“. **Mag. Gernot BLÜMEL**, ehem. Finanzminister Österreich, CEO Mare TechnoPark und Philosoph stellt in seinem Vortrag die Beziehung zwischen Mensch und künstlicher Intelligenz in den Mittelpunkt und zeigt die Möglichkeiten und Grenzen der KI. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter dem folgenden [Link](#). Eine Registration ist verpflichtend und bis zum 23. Februar möglich.

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Institutes für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im Januar Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. In seinem Artikel „**Terror in Berlin**“ vom **9. Januar** greift Bauer den terroristischen Angriff der

linksextremistischen Vulkangruppe auf die Energieversorgung von Berlin auf, durch den es zum längsten Stromausfall seit dem Zweiten Weltkrieg kam. Der Anschlag verdeutlicht die vielen Probleme, vor denen Deutschland steht. Den Artikel erreichen Sie [hier](#). In seinem zweiten Artikel mit dem Titel „**Wahlkampfauftakt in Ungarn**“, der am **16. Januar** erschien, analysiert Bauer den Beginn des Wahlkampfes in Ungarn. Den Artikel erreichen Sie [hier](#). In seinem jüngsten Beitrag „**Gedenktag der Vertreibung**“ vom **23. Januar** gedenkt Bauer der Vertreibung und Verschleppung der Ungarndeutschen, was am 19. Januar 1946 begann und beleuchtet, wie sie als kollektive Bestrafung für die Verbrechen der Nationalsozialisten zwangsweise aus dem Gebiet Ungarns weggebracht wurden. Den Beitrag finden Sie unter dem folgenden [Link](#).

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifatong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu